

Champagner in der Knesset: Staat Israel verabschiedet Gesetz für die Todesstrafe - gilt für Palästinenser und nicht für jüdische Israelis

Internationale Menschenrechtsgruppen verurteilen die Gesetzgebung als diskriminierend und warnen davor, dass es die Tötung von Palästinensern unter dem Deckmantel eines Gesetzes institutionalisiert.

newarab.com, 31.03.26

Das israelische Parlament hat am Montag ein umfassendes Todesstrafengesetz gegen Palästinenser verabschiedet, das eine weit verbreitete internationale Verurteilung auslöste - während die Gesetzgeber in der Knesset mit Champagner feierten.

Amnesty International bezeichnete das Gesetz als Höhepunkt eines langjährigen Musters außergerichtlicher Tötungen von Palästinensern, die nahezu ungestraft verübt und nun als staatlich sanktionierte Politik formalisiert wurden.

Der Gesetzentwurf, der von 62 der 120 Mitglieder der Knesset mit 48 Gegenstimmen und einer Enthaltung angenommen wurde, wird Militärgerichte anweisen, die Todesstrafe gegen Palästinenser zu verhängen, die wegen Tötung von Israelis in als „Terrorismus“ definierten Handlungen verurteilt wurden. Es tritt innerhalb von 30 Tagen in Kraft und – was wesentlich ist – es gilt nicht für jüdische Israelis, die wegen desselben Verbrechens verurteilt wurden.

Der rechtsextreme Minister für Nationale Sicherheit, Itamar Ben-Gvir, der das Gesetz zu einer Kernbedingung des Koalitionsvertrags seiner Partei mit Premierminister Benjamin Netanyahu gemacht hatte, erschien vor der Abstimmung mit einer Anstecknadel in Form einer Schlinge aus Metall im Plenarsaal.

„Ab heute wird jeder Terrorist wissen – wer auch immer ein Leben nimmt, dass der Staat Israel sein Leben nehmen wird“, erklärte er, während israelische Medien berichteten, dass einige Parlamentarier die Verabschiedung des Gesetzes mit Champagner gefeiert hatten.

Das Gesetz zielt auf Palästinenser ab

Der Rechtsexperte Amichai Cohen vom *Israel Democracy Institute* bestätigte *Associated Press*, dass israelisch-jüdische Bürger nach dem neuen Gesetz nicht strafrechtlich verfolgt würden. Der Anwalt des Nationalen Sicherheitskomitees der Knesset äußerte während der Beratungen Bedenken und stellte fest, dass der Gesetzentwurf keine Gnadenregelung enthält – was im Widerspruch zu internationalen Rechtskonventionen steht.

Nach dem Gesetz müssen die Hinrichtungen durch Erhängen innerhalb von 90 Tagen nach der Verurteilung ausgeführt werden, ohne dass eine Begnadigung möglich ist. Todesurteile können mit einfacher Mehrheit von Militärrichtern statt mit einstimmiger Entscheidung verhängt werden, und Berufungen werden stark eingeschränkt.

Die israelische Menschenrechtsorganisation *B'Tselem* warnte davor, dass das Gesetz dazu gedacht sei, Hinrichtungen als routinemäßiges Bestrafungsinstrument zu normalisieren. „Das Gesetz ist so formuliert, dass es nur auf Palästinenser abzielt“, erklärte die Gruppe.

B'Tselem stellte fest, dass Militärgerichte, bei denen nur Palästinenser vor Gericht gestellt werden, eine Verurteilungsrate von rund 96 Prozent aufweisen, wobei sich viele auf Geständnisse stützen, die durch Zwang und Folter erlangt wurden.

B'Tselem-Exekutivdirektor Yuli Novak sagte, Israel habe „einen neuen Tiefpunkt in der Entmenschlichung der Palästinenser erreicht und deren grausame Behandlung im Staatsrecht verankert“.

„[Israel] tötet bereits systematisch Palästinenser und sieht sich keiner Forderung nach Rechenschaftspflicht gegenüber. Unter der Führung der Spitzenministern wird das israelische System von Tag zu Tag mehr zu einem System, das das Töten und Verletzen von Menschen normalisiert“, fügte er hinzu.

International verurteilt

Die Palästinensische Autonomiebehörde bezeichnete das Gesetz als Kriegsverbrechen und erklärte, es verstoße gegen den Schutz des Einzelnen durch die Vierte Genfer Konvention und die Garantie eines fairen Verfahrens. Die palästinensische Autonomiebehörde forderte die internationale Gemeinschaft auf, Sanktionen gegen den Staat Israel zu verhängen und ihn für das, was sie als anhaltende Verbrechen gegen das palästinensische Volk bezeichnete, zur Rechenschaft zu ziehen.

Die Außenminister Frankreichs, Deutschlands, Italiens und Großbritanniens hatten das Gesetz bereits am Sonntag gemeinsam verurteilt, bevor es in Kraft trat.

Amnesty International forderte die israelischen Behörden auf, das Gesetz sofort aufzuheben. Die leitende Direktorin Erika Guevara-Rosas sagte, die Knesset habe „eine öffentliche Zurschaustellung von Grausamkeit, Diskriminierung und völliger Verachtung der Menschenrechte“ geliefert, zu einem Zeitpunkt, an dem sich die globale Dynamik in Richtung Abschaffung der Todesstrafe bewegt, nicht in Richtung Ausweitung.

Amnesty hob hervor, dass das Gesetz effektiv eine nahezu obligatorische Todesstrafe schafft, da Militärgerichte „berüchtigt dafür sind, ein ordnungsgemäßes Verfahren zu missachten“ und dass der Gesetzentwurf die „besonderen Umstände“, unter denen sie durch eine lebenslange Haftstrafe ersetzt werden könnte, nicht definiert.

Guevara-Rosas merkte an, dass Netanjahu selbst, der derzeit vom Internationalen Strafgerichtshof (*IStGH*) wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gesucht wird, zu denen gehörte, die dafür stimmten.

Innerhalb weniger Minuten nach der Abstimmung reichte die *Vereinigung für Bürgerrechte in Israel* eine Petition beim Obersten Gerichtshof ein, in der sie das Gesetz als „diskriminierend von vornherein“ bezeichnete und anmerkte, dass es ohne rechtliche Befugnis gegenüber Palästinensern in der Westbank erlassen wurde.

Fünf israelische und palästinensische Menschenrechtsorganisationen, darunter *Adalah* – Das juristische Zentrum für arabische Minderheitenrechte im Staat Israel, reichten ebenfalls eine dringende Petition beim Obersten Gerichtshof ein und argumentierten, dass das Gesetz „einen apartheidähnlichen Ansatz für das Grundrecht auf Leben verfolgt“ und ein nahezu obligatorisches Todesurteil darstellt, das Richter der Unabhängigkeit und der Freiheit zur Entscheidung beraubt.

Die Petenten argumentierten weiter, dass die Knesset keine rechtliche Befugnis habe, Gesetze über Palästinenser in der besetzten Westbank zu erlassen, und dass das Gesetz der Definition rassistischer Apartheidgesetze entspreche, die nach dem allgemeinen Völkerrecht verboten seien.

Seit Oktober 2023 sind mehr als 80 Palästinenser in israelischen Gefängnissen gestorben, die laut *B'Tselem* zu einem Netzwerk von Foltereinrichtungen geworden sind. Seit diesem Monat sind rund 9.500 Palästinenser inhaftiert, von denen etwa die Hälfte in Verwaltungshaft gehalten wird, was bedeutet, dass sie ohne Anklage oder Gerichtsverfahren gefangen sind.

Addameer, eine palästinensische Interessenvertretung für Gefangene, bestätigte, dass mehr als ein Drittel der derzeit Inhaftierten festgehalten werden, ohne jemals vor Gericht zu stehen.

Amnesty bezeichnete das Gesetz als Höhepunkt eines langjährigen Musters außergerichtlicher Tötungen von Palästinensern, die nahezu ungestraft verübt und nun als staatlich sanktionierte Politik formalisiert wurden.

„Die internationale Gemeinschaft muss maximalen Druck auf die israelischen Behörden ausüben, um dieses Gesetz sofort aufzuheben“, sagte Guevara-Rosas, „und alle Gesetze und Praktiken abzubauen, die zum System der Apartheid gegen Palästinenser beitragen.“

Quelle: <https://www.newarab.com/news/champagne-knesset-israel-passes-racist-death-penalty-law>

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de